

*Mithilfe des Studierendenmagazins Diskus wurden kürzlich von der Antifa Kritik & Klassenkampf (AKK) aus Frankfurt am Main einige Diskussionsbeiträge zu ihrem Aufsatz und Organisationsvorschlag »Der kommende Aufprall« herausgegeben.*

### **Rückblick - Organisation in und nach der Krise**

Der ursprüngliche Aufsatz der AKK<sup>[1]</sup> hat einige Beachtung erlangt, weil er mit einer Neuauflage der Begriffe Klasse, Klassenkampf und Klassenbewusstsein ein kaum geschätztes Vokabular in eine Schiene linksradikaler Diskussion hineinrug, die sich lange durch eine demonstrative Distanz zu den damit verknüpften Gruppen definierte. Dieser Aufsatz stand 2015 noch recht unmittelbar unter dem Eindruck der globalen Unruhen auf den Finanzmärkten. Oft als eine große Krise des Kapitalismus verklärt, ließen die Veränderungen 2007-2017 viele darauf hoffen, eine veritable Konfrontation der Akkumulation mit ihren eigenen Grenzen stünde bevor. Die Erwartung eines kommenden Aufpralls der Lohn- und Verteilungssysteme legte es damals nahe, dass gesellschaftliche Kämpfe erneut relativ unmittelbar von Klassenwidersprüchen gezeichnet sein würden. Ein Wiederaufleben des Klassenbegriffs erschien dadurch notwendig und gerechtfertigt.

Allerspätestens 2018 ist jedoch die Dringlichkeit der Finanzkrise und der Krisenproteste unverkennbar verebht. Die weitgehende Enteignung von zuvor verbrieften Leistungsansprüchen etwa in Griechenland ist heute kein Gegenstand der Debatte mehr, sondern ein bereits geschaffener Fakt. Die Hoffnung, etwa der Europäischen Union oder dem vorherrschenden westlichen Konsens zur Weltordnung würde im Zuge solcher Gewaltakte ganz einfach sowohl das Vertrauen als auch das Geld ausgehen, sind vom Tisch.<sup>[2]</sup> Bereits der G20 Gipfel in Hamburg 2017 stand schon wieder deutlich eher im Zeichen einer Kritik an global kriegführenden und (neu-)imperialistischen Mächten als im Zeichen eines auch lokal geführten Klassenkampfes.

Auch die Idee, große Bevölkerungsteile wären demnächst zu mobilisieren, um dem herrschenden Arrangement repräsentativer Demokratie + Kapitalismus aufgrund der eigenen Betroffenheit durch Kürzungen in der Krise die Loyalität aufzukündigen, geriet dadurch wieder in Bedrängnis.<sup>[3]</sup> Auch der Ausgang der Bundestagswahl 2017 hat hier ein eindeutiges Signal gesetzt. All das gibt uns Gelegenheit und Anlass, darüber nachzudenken, ob und wie sich verschiedene gesellschaftliche Widersprüche auch ohne den äußeren Druck

einer akuten Finanzkrise als strukturiertes Ganzes analysieren lassen. Die Frage lautet: Wie kann die radikale Linke nach der Krise ein Zusammenführen verschiedener Kämpfe praktisch bewerkstelligen und theoretisch begründen?

### **Die Herausforderung - Klassen- vs. Gesellschaftstheorie**

Eine solche Problemstellung steht zunächst vor dem Phänomen, dass moderne Gesellschaften sich durch Demokratisierungsprozesse den Anspruch geben haben, *prinzipiell unbegrenzt reformfähig* zu sein. Generell hat die Konzentrierung politischer und ökonomischer Macht dafür gesorgt, dass Interessenkonflikte an den Grenzen von Nationalstaaten, an Klassengrenzen und an den Grenzen geschlechtlicher Arbeitsteilung nur um so härter ausgetragen wurden. Pseudo-Demokratisierung und innerer pseudo-Befriedung wurde durch eine noch systematischere Ausgrenzung im Innern und nach Außen erkaufte. Besonders Frauen\* waren in Europa lange ganz offen überhaupt vom *Demos* ausgeschlossen, genauso wie nicht-weiße Menschen. Auch Grundrechte haben das ‚Problem‘, dass sie *de facto* weder für alle gelten noch allen gleichermaßen von Nutzen sein können. *De jure* jedoch obliegt die Frage, wie das Leben ausgestaltet sein sollte, demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien – ein Arrangement, das faktisch die allergrößte Mehrheit der Bevölkerung ideologisch einbindet.

Als eine besonders gute Erklärung für den partikularen Charakter der vermeintlich universalen Fortschritte sind marxistische Theorien bekannt geworden. Diese haben aufgezeigt, dass die Fortschritte, mit denen die Herausbildung der modernen Welt sich rechtfertigte, gar nicht das Produkt einer freien und aufklärerischen, gar revolutionären Bewegung seien. Vielmehr habe sich im Laufe der Zeit die Fähigkeit und die Art und Weise der Gesellschaften geändert, Gebrauchswerte herzustellen. Diese Änderungen hätten dann wiederum Konsequenzen für die Lebenswirklichkeit der Menschen gehabt: Der „freie Lohnarbeiter“ sei nicht frei, weil das für ihn netter ist, sondern weil er auf diese Weise billiger, flexibler, mobiler, verwundbarer, formbarer etc. ist. Demokratisierung passiere nicht, weil sie irgendwie gerecht wäre, sondern weil sie besonders gut Kreativität und Legitimität abschöpft und unzeitgemäße Eigentumsformen besonders leicht verflüssigt.

In dieser marxistischen Sichtweise war es daher kein Wunder, dass Staaten als radikal *unreformierbar* galten. Zwar gebe es Reformen, diese trabten aber den Anforderungen der

Akkumulation höchstens hinterher. Sollte diese einmal ins Stocken geraten, oder erneut ihre Anforderungen ändern, sei es sehr schnell aus mit der Fortschrittlichkeit. Nach Marx gehörte Wladimir Lenin zu denjenigen, die diese radikale Pfadabhängigkeit der Entwicklung von Gesellschaften logisch und auch empirisch zu zeigen versuchten.<sup>[4]</sup> Seine Ergebnisse brachten ihn zu seiner Zeit zu der Schlussfolgerung, der demokratisch-kapitalistische Staat müsse auf jeden Fall zerschlagen werden, bevor es mit dem guten Leben für alle etwas werden kann. Es war ganz zentral dieser Übergang von einer Kritik des Kapitals zu einer Theorie der Gesellschaft, die den historischen Gehalt und Erfolg des Marxismus mit ausgemacht hat. Bewusst oder nicht, strukturieren diese Schlussfolgerungen bis heute ungeprüft große Teile des Diskurses um Klassenkampf und Revolution.

Hier liegt ein wichtiger Teil des Problems. Staaten verweisen heute selbstbewusst auf die teils großen sozialen Reformen, die während ihres Bestehens erreicht worden sind, und wischen damit die These von der Unreformierbarkeit weg, die im Hintergrund die gesamte Auffassung von *radikaler* Kritik zusammenhält. Die radikale Linke steht dadurch vor einem Dilemma: Wie kann sie an das Erbe und den teilweisen Erfolg einer Kritik von „Staat, Nation und Kapital“ anknüpfen und gleichzeitig die Fortschritte der bürgerlichen Gesellschaft angemessen kritisch würdigen?

Die viel diskutierte Antwort der AKK lautete: Klassenbewusstsein. Die Krise Sorge von selbst dafür, dass alle sowieso schon verwundbaren Statusgruppen weiter prekariert würden. Es käme daher darauf an, dieses Faktum all den von der Krise betroffenen Subjekten klarzumachen. Ganz unfreiwillig rückt die AKK so in die Position, insgeheim immer schon Bescheid wissen zu müssen: Vom Kapitalismus führt der Weg zur Krise, von der Krise zur Prekariierung und von der zum Klassenbewusstsein. Das Kapital als der große Gleichmacher sorgt dafür, dass die Interessen *aller* benachteiligten Subjekte spätestens in der Krise die gleichen sind: Klassenkampf und Revolution.

### **Ökonomie, Kultur und Subjekt - die Position der translib<sup>[5]</sup>**

Doch was, wenn diese Gleichförmigkeit der Interessen der Subjekte sich auch in Krisenzeiten einfach nicht zeigen will? Was, wenn der Großteil der Subjekte von der Konvergenz der Interessen nicht nur nicht überzeugt ist, sondern sich einer solchen Einsicht geradezu widersetzt?

Zu Recht weist auch der Beitrag der Leipziger translib im Heft diesen Einheitsoptimismus über den Klassenbegriff methodisch und entschieden zurück: „Die perennierende Spaltung zwischen kommunistischer und feministischer Bewegung ist ... bis auf weiteres eine notwendige“, heißt es darin.<sup>[6]</sup> Die Unmöglichkeit, nicht nur das Patriarchat, sondern auch etwa Fragen von Rassismus und Kolonialismus unter die Klassenfrage zu subsumieren (wodurch auch aus dem „halbierten Blick“ schnell ein  $\frac{1}{3}$ - oder  $\frac{1}{4}$ -Blick wird), ist auch unserer Auffassung nach unverkennbar. Der Spalt wird sich unserer Einschätzung nach zudem eher noch vergrößern, wenn die Fragen nach der Hierarchie erst einmal mit Nachdruck umgedreht werden, sollte etwa der Kapitalismus einmal zur wenig bedeutenden Sonderform des Patriarchats erklärt werden.

Der Beitrag der translib macht daher völlig zu Recht darauf aufmerksam, dass ein klassentheoretischer Ansatz, so wie er im Moment vorliegt, für die gegenwärtige Lage nicht ausreichend anschlussfähig ist: „Das ›Problem‹ des Geschlechterverhältnisses ist ... eines, das Männer und Frauen ›nicht‹ auf Gleiche Weise teilen“, heißt es dort.<sup>[7]</sup> In ihrem Nachwort schreibt die AKK darauf etwas ratlos, sie verstehe zwar die Kritik – gleichzeitig vermag sie von ihrem prinzipiellen Einheitsparadigma aber nicht abzurücken. So heißt es dann etwas fatalistisch: „Wenn sie [die kommunistische und die Frauenbewegung; FG] sich nicht miteinander verbinden, werden letztlich beide scheitern“.<sup>[8]</sup>

Unser Eindruck ist: Dieser Fatalismus muss nicht sein. Er hat seine Wurzel ohnehin in einer Zeit, in der Politik notwendigerweise über solche Gesten funktionierte. Viel einfacher, als sich um solch große Geschichtsmodelle zu orientieren, wäre es, die Frage nach der tatsächlichen Verbindung von politischen Kämpfen, etwa allgemein von Feminismus und kommunistischer Bewegung, einmal ganz offen zu stellen. Was *ist* denn, *worin besteht* denn die Verbindung der beiden Seiten wirklich, von der wir ja ebenfalls intuitiv überzeugt sind? Nachdem viele Positionen in der Debatte ohnehin in der akademischen Arbeit verwurzelt sind, wäre es doch gelacht, wenn wir zu diesen Fragen nicht mehr anzubieten hätten, als ein vages Autoritätsargument in Bezug auf Karl Marx?

Der „Organisationsoptimismus“<sup>[9]</sup> übrigens, von dem die *Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft* in ihrem Beitrag sprechen, erscheint uns ein recht konsequenter Ausdruck der beschriebenen theoretischen Vorurteile zu sein. Uns scheint: Das

Eingeständnis, keine genaue Vorstellung davon zu haben, welche Grenzen und Pfadabhängigen auch in spätkapitalistischen Staaten bestehen, bedeutet nicht, das Bestehende affirmieren. Allerdings steht ein solches Eingeständnis durchaus im Widerspruch zu populistischen Politikformen, denen der genaue Inhalt solcher Slogans tendenziell egal ist, solange sie Publikum anziehen bzw. eben Klassenbewusstsein fördern.<sup>[10]</sup> **Wäre es demgegenüber eine Möglichkeit, die Verbindung von Kämpfen tatsächlich zu erforschen, und diesen Prozess organisieren und politisieren?**

Damit kommen wir jedoch auch zur Kehrseite der Replik von der translib. Es scheint uns folgendes vorzuliegen: Die Position der AKK verengt das Theorienangebot aus verschiedenen Gründen auf einen recht engen Klassenbegriff. Die translib wiederum nimmt diese Verengung recht ungeprüft beim Wort: „Auf der Strecke bleibt“, laut dem Beitrag, „was sich mit dem begrifflichen Arsenal der *Kritik der politischen Ökonomie* nicht fassen lässt, was nicht entlang der Klassengrenzen verläuft und möglicherweise nicht mit den Mitteln des Klassenkampfes überwunden werden kann“.<sup>[11]</sup>

Nun könnte aber doch durchaus behauptet werden, dass sich mit den Mitteln der *Kritik der politischen Ökonomie* einiges mehr fassen lässt, als Fragen entlang der Klassengrenzen und des Klassenkampfes – wenn es denn versucht wird. Die politische Ökonomie, die da kritisiert werden soll, besteht ja nicht nur aus ein paar Sätzen zu Grundrente und Freihandel, sondern aus einem umfassenden Gebäude aus Auffassungen zu Staat, Demokratie und Gesellschaft ganz generell, die immerhin einer großen Mehrzahl der Menschen durchaus eingängig ist. Nicht nur Proletarier glauben ja an die Kräfte des Sozialstaats, sondern, wie die translib feststellt, glauben durchaus auch Frauen\* an die Erweiterung des „Spielraum[s] für Frauen in den westlichen Gesellschaften“.<sup>[12]</sup> Ohne andeuten zu wollen, dass alle Gesellschaftsfragen restlos im Marxismus aufgehen würden (sie tun es nicht), ist es doch zweifelsohne so, dass dieser weit mehr als nur einen Begriff von Klassenpolitik anzubieten hat. Nicht umsonst ist doch gerade das Feld um den materialistische Feminismen in der Vergangenheit mitunter am produktivsten für Fragen dieser Art gewesen.<sup>[13]</sup> **Wenn also überhaupt eine gute Auffassung von der Dynamik der Spielräume von modernen Staaten möglich ist, so wäre diese doch sicherlich in Umrissen der Tradition des Marxismus zu entnehmen?**

Die translib verweist demgegenüber allerdings eher auf Pluralität. Einer Ökonomiekritik müsse grundsätzlich zumindest eine Kulturtheorie und eine Theorie der Subjektivität zur Seite stehen. Während das grundsätzlich eine unzweifelhaft gute Idee zu sein scheint, kommen wir doch nicht umhin, darauf hinzuweisen, dass diese Theorien ihrer Grundsätze und Fragestellung nach sich oft gerade nicht als Korrelat, sondern als Gegenteil zu Fragen nach den prädeternierten Grenzen solcher Spielräume verstehen. Die Praxis der *Gesellschaftskritik*, egal ob sie nun nach Art Frankfurter Kulturkritik oder nach poststrukturalistischer Subjektivierungskritik erfolgt, lebt ja scheinbar leider gerade davon, den Reformpessimismus der Radikalen und Revolutionären beiseite zu schieben: »*Kann es kritisiert werden, kann es auch verändert werden.*« **Kann eine kulturkritische Praxis das Problem vermeiden, gerade dort in die Rolle eines ideellen Surrogats zu rücken, wo materielle Veränderungen unmöglich scheinen, wenn etwa die Kritik von Ausgrenzung das Programm einer Öffnung faktischer Grenzen ersetzt?**

Wir teilen die Analyse, dass die u.a. geschlechtliche, koloniale/imperiale, korporeale Subjektivierung der Menschen die „Bedürfnisstruktur der Subjekte und ihre psychischen Dispositionen, den Umkreis ihrer erworbenen Fähigkeiten und Beziehungen zur Welt und zu ihren Mitmenschen ihr Alltagsleben und ihren konkreten Erfahrungshorizont“ nicht nur prägt, sondern eben: „determiniert“.<sup>[14]</sup> Auch hier bleibt aber das Problem, dass sich der moderne Staat durchaus den Anspruch gibt, dass dieser Zusammenhang eben gerade kein zwingender sei. Prinzipiell will die Gesellschaft in der Lage sein, jedem Subjekt ein umstandsloses Ausbrechen aus der Lage nicht nur zu erlauben, sondern positiv zu ermöglichen. Unser Eindruck ist, dass die radikale Linke, trotz allen Versuchen, derzeit keine methodische Antwort auf diese Frage hat, und sich deswegen zu Recht immer mehr Kritik an den patriarchalen kapitalistischen Staat wendet.

„Entschieden kritisiert werden muss auch die Auffassung, der Staat könne in irgendeiner Weise in ein Werkzeug der proletarischen Revolution verwandelt werden“, schreibt die AKK zu dieser Frage am Ende ihres Nachworts.<sup>[15]</sup> Das sehen wir, im Groben, auch so. *Warum* andere das aber so sehen sollten, ist eine harte Frage, für die wir in der gegenwärtigen Linken nur wenige Antwort ausmachen können.<sup>[16]</sup> Dieses Problem wird aber nach unserem Dafürhalten nicht nur durch Vernetzung gelöst, sondern viel besser durch eine Anstrengung, eine neue tragfähige Antwort zu entwickeln – auch wenn wir zugeben müssen,

dass eine solche Antwort in weiter Ferne liegt. Ist es deshalb vielleicht nicht doch ein überzogener Anspruch, politische Aktion von einer theoretischen Durchdringung nicht nur der Rolle des Staats, sondern auch dem Zusammenhang von Geschlechter- und Klassenkämpfen abhängig zu machen? **Wie könnte eine solche Antwort eigentlich aussehen? Liegt die Lösung demzufolge vielleicht überhaupt in einer Preisgabe der „Theorie mit großem T“? Welche positiven Leitsätze wären in der Lage, das radikale einer politischen Organisierung heute zu garantieren?**

1. Antifa Kritik & Klassenkampf 2015, Der kommende Aufprall. Auf der Suche nach der Reißleine in Zeiten der Krise. Strategische Überlegungen, Online unter <http://akkffm.blogspot.de/2015/04/02/der-kommende-aufprall/> ↑
2. Nur wenige Kommentare glauben noch an eine gegenwärtige Endkrise des Kapitalismus, vgl. z. B. vgl. Wolfgang Streeck 2017 [2016], How Will Capitalism End?, London: Verso, 47 ↑
3. Vgl. z. B. das Konzept eines „Dissidenten Drittels“ Thomas Seibert 2015, Erste Notizen zum Plan A einer neuen Linken, online unter: Erste Notizen zum Plan A einer neuen Linken, online unter: <https://www.solidarische-moderne.de/de/article/458.erste-notizen-zum-plan-a-einer-neuen-linken.html> ↑
4. Wladimir I. Lenin 1960, Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: ders., Werke, Band 22, Berlin: Dietz, 189-309, 211. ↑
5. Wir geben den Artikel von Kat Lux, Johannes Hauer und Marco Bonavena hier der Einfachheit halber als „Position der translib“ wieder – sollte das nicht in Ordnung sein, lösen wir das gerne anders. ↑
6. Vgl. Kat Lux/Johannes Hauer/Marco Bonavena 2017, Der halbierte Blick. Gedanken zum Geschlechterverhältnis im Kommenden Aufprall, in: Diskus Nr. 2/16, 55. Jg., 12-21, 16 ↑
7. Vgl. Lux/Hauer/Bonavena, a.a.O., 14 ↑
8. Vgl. Antifa Kritik & Klassenkampf 2017, Nachwort, in: Diskus Nr. 2/16, 55. Jg., 54-60,

54 ↑

9. Freundinnen und Freunde der Klassenlosen Gesellschaft 2017, Fragmentarisches zur Organisationsfrage, in: Diskus Nr. 2/16, 55. Jg., 8-11, 9 ↑
10. In diesem Zeichen stand unser Versuch gegen diesen Horizont des Populismus zu intervenieren, vgl. Florian Geisler/Alex Struwe 2017, Der Horizont des Populismus, in: Phase 2 Nr. 54xx ↑
11. Lux/Hauer/Bonavena, a.a.O., 12 ↑
12. ebd., 16 ↑
13. Wie denken hier beispielsweise an die Studien zur geschlechtlichen ursprünglichen Akkumulation bei Claudia v. Werlhof/Maria Mies/Veronika Bennholdt-Thomsen 1988 [1983], Frauen, die letzte Kolonie. Zur Hausfrauisierung der Arbeit, Reinbek: Rowohlt oder an grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis von Patriarchat und Kapitalismus in der Geschichte bei Silvia Federici 2012 [engl. 2004], Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation, Wien: Mandelbaum; neben der von der translib bereits erwähnten Frigga Haug lässt sich die Liste sehr schnell erweitern, etwa um Kat Lux' Beiträge, etwa mit der zutreffenden Kritik der Form des „Zusammendenkens“ in: Kat Lux 2011, Überlegungen zur Kritik der Gesellschaft, in outside the box. Zeitschrift für feministische Gesellschaftskritik, 3/2011, Bogen 10, sind hier ebenso einschlägig - es scheint aber darauf anzukommen, diese negative Kritik des *Zusammendenkens* durch eine positive Auffassung darüber zu ersetzen, wie den die Zusammenhänge tatsächlich beschaffen *sind*. ↑
14. Lux/Hauer/Bonavena, a.a.O., 14. ↑
15. Antifa Kritik & Klassenkampf 2017, a.a.O., 59. ↑
16. Eine pragmatische Antwort wurde z. B. von Lilly Freytag und Mina Khani in einer Zeitschrift unter dem Motto *Klasse gegen Klasse* vorgelegt, das der Beitrag der translib auch aufgreift: Diskriminierende Gewalt habe zwar System, aber letztlich nicht unbedingt einen logischen letzten Grund des Zusammenhalts (etwa eine Totalität etc.). Die Solidarität über Geschlechter-, Klassen- und Nationalstaatsgrenzen hinweg sei demnach schlicht deswegen wichtig, weil sich die *Angriffe* diese Grenzen zunutze machen, was an sich Grund genug sei. Vgl. Lilly Freytag/Mina Khani 2017, Die Kette der Gewalt zerschlagen, online unter:  
<https://www.klassegegenklasse.org/die-kette-der-gewalt-zerschlagen/> ↑



## Ergebnisse der Diskussion um das Papier »Der kommende Aufprall«

von *Florian Geisler*